



Landeshauptstadt
Mainz

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit zum Schutz vor und zur Hilfe bei (sexualisierter) Gewalt an Frauen und Kindern in Mainz

**Ergebnis einer Umfrage im
Arbeitskreis Gewalt an Frauen und Kindern /
Regionaler Runder Tisch Mainz und Mainz-Bingen**

(Stand Juli 2020)

Ende Juli 2020 hat das Frauenbüro eine schriftliche Umfrage unter den Mitgliedsorganisationen im Arbeitskreis Gewalt an Frauen und Kindern (AK Gewalt) zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die eigene Arbeit, die Arbeitsorganisation und die Situation betroffener Frauen durchgeführt.

Wie gut oder wie schlecht die Fachberatungsstellen bislang durch die Pandemie gekommen sind und was aus Sicht der Beratungsstellen notwendig wäre, um auch auf längere Sicht »krisenfest« arbeiten zu können, ist hier zusammengefasst. Zudem erfolgt eine gesonderte Betrachtung der Situation von geflüchteten Frauen und Mädchen.

1. Umstellung von Arbeitsabläufen in den Fachberatungsstellen

Die meisten Institutionen stellten in relativ kurzer Zeit um auf digitales Arbeiten und Home-Office. Hierzu mussten aber vielfach noch die technischen Voraussetzungen geschaffen und Mittel für deren Erwerb und Einrichtung organisiert werden – was nicht ohne Mehrbelastung der Beschäftigten zu leisten war.

Beratungen wurden dann rasch in Form von Telefonberatung, Videoberatung und Outdoor-Beratung gewährleistet. Geplante Veranstaltungen, Vorträge, Schulungen mussten abgesagt werden. Maßnahmen zum Gesundheitsschutz von Mitarbeitenden und Klientel waren umzusetzen.

Notwendig, um dauerhaft »krisenfest« arbeiten zu können:

- Bevorratung von Hygiene- und Gesundheitsschutzartikeln,
- Anschaffung von und ggfs. Schulung zu technischem Zubehör für digitales Arbeiten,
- Einrichtung von bzw. Voraussetzungen schaffen für Home-Office-Arbeitsplätze/n,
- Schlecht-Wetter-Variante zur Outdoor-Beratung (zurzeit im Hof oder in Parks),
- Entwicklung digitaler Veranstaltungsformate,
- Aufstellen eines Notfall- oder Krisenplans,
- Finanzierung durch öffentliche Hilfsfonds, ggf. Aufstockung derselben.

2. Kontakt und Kommunikation unter und mit den Fachstellen

Der Kontakt zu anderen und die Kommunikation unter den Fachstellen wurde als zum Teil schwierig beschrieben. Kommunikationsdefizite entstanden auch durch das Wegbrechen der Netzwerkarbeit, ebenso ruhte die politische Arbeit.

Notwendig, um dauerhaft »krisenfest« arbeiten zu können:

- Nutzung von Telefon- und Videokonferenzen,
- Aufbau einer Kommunikationsplattform für die Fachstellen,
- Entwicklung digitaler Veranstaltungsformate,
- Aufbau einer nutzerinnenfreundlichen Website zu den Mainzer Hilfseinrichtungen,
- Entwicklung eines einrichtungsübergreifenden Öffentlichkeitskonzeptes zur Bekanntmachung der örtlichen Hilfsangebote.

3. Erreichbarkeit von Ämtern und Behörden

Ämter und Behörden waren schwer oder gar nicht erreichbar: sozialpädagogische Familienhilfen wurden nicht installiert, Eltern und Fachleute konnten das Jugendamt nicht erreichen, eingeschränkte Arbeit von Gerichten verhinderte eine Lösung von eskalierenden Prozessen, verzögerte Bearbeitung von Anträgen für Sozialleistungen, Hürden für Termine zur Beratung und Unterstützung bei Ämtern, Konsulate waren geschlossen, »Schnelle Hilfen« dauerten sieben Wochen.

Reine Onlinebearbeitung von Anträgen stellt Menschen ohne entsprechende Endgeräte oder mit unzureichenden Sprachkenntnissen vor große Probleme.

Notwendig, um dauerhaft »krisenfest« arbeiten zu können:

- Gespräche zur Verbesserung der Kommunikationswege.

4. Situation von Frauen und Kindern

Viele Prognosen gingen für die Zeit der erheblichen Kontaktbeschränkungen von einem raschen Anstieg der Gewalt an Frauen in engen sozialen Beziehungen und damit von einem erheblichen Beratungsbedarf aus. Dies lässt sich weder für Mainz noch für andere Städte und Kreise so bestätigen, da, anders als in anderen Ländern, zwar öffentliche Einrichtungen geschlossen und Kontakte beschränkt waren, jedoch kein Ausgangsverbot bestand. Langfristig wird aber auch in Mainz von einer erhöhten Fallzahl in den Beratungsstellen ausgegangen, da sich auch in der Vergangenheit schon gezeigt hat, dass sich Frauen erst nach Jahren der Gewalterfahrung Hilfe und Unterstützung suchen.

Kinder aus gewaltbelasteten Familien gerieten nach Einschätzung der entsprechenden Fachberatungsstellen aus dem Blick. Festgestellt wurde auch eine Kumulation von insbesondere psychischen Problemen (extreme Einsamkeitsthemen, viele Jugendliche mit Verdacht auf depressive Verstimmung, Überlastung, viel Hilflosigkeitserleben). Die psychosozialen Belastungen von Migrantinnen verstärkten sich.

Frauen ohne Internetzugang haben Probleme mit Antragstellungen. Arme Frauen/ Frauen in prekären Lebenssituationen (etwa Alleinerziehende, Wohnungslose, Prostituierte) erlebten eine Verschärfung ihrer Situation: der schwierige Kontakt zu Ämtern bedeutete, dass einige noch nicht mal Geld für Lebensmittel hatten. (Tafeln waren geschlossen.)

Notwendig, um dauerhaft »krisenfest« arbeiten zu können:

- Zugang zu Notbetreuung der Schulen und Kitas für Kinder aus gewaltbelasteten Familien,
- Zugang zu Computernutzung, Container mit Computerarbeitsplatz, Digitale Treffs oder Endgeräteverleih,
- Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen durch Fachberatungsstellen.

5. Gewaltschutz

Gewaltschutzmaßnahmen waren teils ausgesetzt, »Highrisk«-Konferenzen, also die interdisziplinäre Bearbeitung von Hochrisikofällen, abgebrochen, die Ausstellung von Beratungsscheinen dauert sieben Wochen, notwendig war eine intensivere Begleitung betroffener Frauen wegen der begrenzten Aufnahmen in den Frauenhäusern.

Notwendig, um dauerhaft »krisenfest« arbeiten zu können:

- Gespräche mit beteiligten Institutionen, wie Handlungsfähigkeit zukünftig besser gewährleistet werden kann.

Auswirkungen der Corona-Krise auf geflüchtete/zugewanderte Frauen und Mädchen

Bildung/ Schule/ Kita

- keine Deutschkurse: kaum bis keine Kontakte/ kein Austausch zu Personen außerhalb der eigenen Familie
- kein/ eingeschränkter Kita-/Schulbesuch
- keine/ kaum soziale, kreative, sprachliche Förderung, vor allem bei kinderreichen Familien; auch aufgrund der Unterbringung (keine Rückzugsmöglichkeit...) Online- Angebote erreichen Familien aufgrund von Sprachbarrieren und unzureichenden, bzw. nicht vorhandenen Medien-/ Internetausstattung nur wenig
- fehlende Tagesstruktur, Rückschritte bei Erlerntem, Unzufriedenheit, Unmut, Gefühl der Wert- und Nutzlosigkeit, Perspektivlosigkeit (»Nicht-vom Fleckkommen«), depressive Stimmung, Gedanken zu/ Erinnerungen an Heimatland und Fluchtweg.

Medizinische Versorgung

- Arzttermine/ OPs wurden abgesagt oder verschoben aus Gründen wie Angst, Unsicherheit, fehlender Dolmetscher
- Leiden, Schmerzen etc. werden z.T. selbst als »Wehwehchen« abgetan und statt eines Arztbesuchs besorgen die Frauen sich nach einer »Apotheker-Diagnose« entsprechende Medikamente und behandeln sich selbst.

Behörden/ Leistungen

- Zugang zu Behörden stark eingeschränkt, unzureichende Informationen an den Gebäuden/ im Internet zu relevanten (Antrags-) Verfahren etc. › Anträge werden nicht oder spät gestellt, Unterlagen werden nicht oder spät eingereicht › Konsequenzen: Leistungen (ALG I/ II, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen...) werden nicht oder verspätet gewährt, Mietrückstände, Mahnungen, Probleme mit Polizei (fehlender Ausweis/ abgelaufener Ausweis), keine medizinische Behandlung aufgrund fehlender Krankenversicherungsnachweise.

Ehrenamtliche

- häufig ältere Personen: viele haben sich zurückgezogen aus Vorsicht/ Angst
- Unterstützung/ Hilfestellung im Alltag, erhaltene Post, Ausfüllen Formulare etc. nur noch eingeschränkt oder fällt komplett weg; meist Ehrenamtliche auch Vertrauensperson
- Überforderung, höhere Belastung

Gerade durch das Wegfallen des »Alltags« wurde und wird ein Rückzug in die Community, und damit eine Integrationsbremse gefördert, traditionellen Rollenerwartungen und familiärem Druck stehen Tür und Tor offen. Insgesamt wäre hilfreich, mehr voneinander zu wissen - welche Angebote weiterhin bestehen, wie die Erreichbarkeit ist usw.

Kein Dolmetschen in Corona-Zeit!